

Posener Zeitung.

Vierundsechzigster

Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureau:
In Posen
außer in der Expedition
bei Krupski (C. J. Ulrich & Co.)
Breitenstraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedrichstr. Eck 4;
in Grätz bei Herrn F. Streifand;
in Frankfurt a. M.
G. F. Danne & Co.

Annoncen-
Annahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Kudolph Hoff;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
Wien u. Basel:
Haasenstein & Vogler;
in Berlin:
A. Betemeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Rabath.

Nr. 319.

Freitag, 7. Juli

Inserate 1/4 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder
deren Raum, Resten verhältnismäßig höher,
sind an die Expedition zu richten und werden für
die am betreffenden Tage erscheinende Nummer nur
bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1871.

Das Abonnement auf diese mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-
jährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz
Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. - Bestellungen zu
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Die Nachwahlen in Frankreich.

Am 2. Juli haben in ganz Frankreich die Nachwahlen für die in großer Zahl erledigten Sitze in der Nationalversammlung stattgefunden. Es war etwa der sechste Teil der Mandate aus den verschiedensten Ursachen erledigt; vor Allem waren diejenigen Mandate, welche wegen der Annahme der betreffenden Abgeordneten für einen anderen Wahlbezirk, abgelehnt worden waren, bisher noch nicht wieder befestigt worden; einzelne Mitglieder hatten auch, weil sie sich mit der Haltung der Nationalversammlung nicht im Einklang zu setzen wußten, ihre Mandate niedergelegt, namentlich befanden sich darunter einige, welche sich für die Pariser Kommune erklärt hatten; andere waren aus den Sitzungen der Nationalversammlung fortgeblieben, ohne ihre Mandate niederzulegen, und waren in den Kämpfen der Kommune gefallen, oder sind seitdem, wie Felix Phat, verschollen; noch andere sind endlich in gewöhnlichen Laufe der Dinge durch den Tod abberufen worden.

Es hatte sich so gefügt, daß die republikanische Minderheit der Nationalversammlung am Meisten von diesen Verlusten betroffen worden war, wodurch die royalistische Majorität sich noch größer ausnahm, als sie es in Wirklichkeit war. In dieser Beziehung haben die Nachwahlen nun wieder das ursprüngliche Zahlenverhältnis hergestellt, ja sogar dasselbe für die republikanische Partei noch etwas günstiger als früher gestaltet, wenn dieselbe auch noch wie vor sich in der verschiedenen Minorität befindet. Die beiden Fraktionen der Rechten, die Legitimisten und die Orleanisten, haben bei den Nachwahlen nicht allzuviel Stimmen gewonnen, von Bonapartisten ist wohl nur Herr Magne, der frühere Finanzminister, in der Dordogne gewählt worden; dagegen ist Herr Kouber durchgefallen. Die Bonapartisten hatten auf die Wahl des früheren „Vize-Kaisers“ große Hoffnungen gesetzt. Kouber sollte in der National-Versammlung der Mittelpunkt werden, um welchen sich eine bonapartistische Partei sammelte; gleichzeitig sollte derselbe Herrn Thiers und seinen Ministern durch eine scharfe Kontrolle das Leben sauer machen, was ihm bei seinen langjährigen Erfahrungen in den Regierungsgeschäften wohl nicht schwer gefallen wäre. Die bonapartistische Partei ist in der Nationalversammlung nach wie vor zur Ohnmacht verurtheilt; ob sie unter der Bevölkerung bis zu den nächsten Wahlen soviel Boden zu gewinnen vermag, daß sie bei der neuen Konstitution Frankreichs ein entscheidendes Wort mitzusprechen vermag, läßt sich augenblicklich noch nicht übersehen. Louis Napoleon stützte sich, als Präsident wie als Kaiser, vor Allem auf den katholischen Klerus, dieser scheint aber fast durchweg sich mit seinen Sympathieen einer Restauration des „Haus Frankreich“ zuzuwenden. Unter jenen Klassen der Bevölkerung, welche dem klerikalen Einflusse nicht unterliegen, hat die bonapartistische Partei niemals einen starken Anhang gezählt.

Die republikanische Partei ist durch die in drei verschiedenen Departements erfolgte Wahl des früheren Diktators Gambetta, welcher im Februar für Straßburg optirt und nach der Annahme der Friedenspräliminarien sein Mandat niedergelegt hatte, um ein Mitglied bereichert worden, welches sich jedenfalls eines famosen Namens erfreut. Herr Gambetta hat sich trotz der scharfen Züchtigung, welche ihm neulich Herr Thiers angedeihen ließ, in seiner Wahlrede für die Unterstützung der gegenwärtigen Regierung ausgesprochen; seiner früheren Haltung nach würde er etwa zwischen der republikanischen und radikalen Linken eine vermittelnde Stellung einzunehmen haben. Es wird abzuwarten sein, ob er in der National-Versammlung sich zur Rolle eines Parteiführers aufzuschwingen vermag. Denjenigen republikanischen Abgeordneten, welchen es ehrlich um die Aufrechterhaltung der republikanischen Staatsform zu thun ist, dürfte es sich vor Allem empfehlen, Herrn Thiers und seine Minister, so lange dieselben keine direkten Schritte zur Beseitigung der republikanischen Staatsform treffen, möglichst ungeschoren zu lassen. Jeder Angriff, welcher auf Herrn Thiers und seine Minister von der Linken ausgeht, würde denselben nöthigen, sich noch mehr als bisher der Unterstützung der Rechten zu vergewissern. Das Interesse der republikanischen Partei weist ganz ersichtlich darauf hin, den gegenwärtigen provisorischen Zustand möglichst lange aufrecht zu erhalten, da die republikanische Staatsform, je länger sie thatsächlich besteht, um so mehr Gelegenheit hat, die gegen dieselben vorhandenen Vorurtheile zu überwinden.

Umgekehrt liegt es im Interesse der royalistischen Parteien, die Republik nicht zu feste Wurzeln fassen zu lassen, sondern bei jeder passenden Gelegenheit den lediglich provisorischen Charakter derselben hervorzuheben. Eine Auseinandersetzung hat aber — immer angenommen, daß der großen Mehrzahl der Abgeordneten das Wohl Frankreichs höher steht, als eine bestimmte Regierungsform — erst dann einen Sinn, wenn die schwierigen Fragen, welche durch den Krieg geschaffen worden sind, ihre Regelung gefunden haben, wenn namentlich also das Budget mit seinen Ersparnissen, und die neuen Steuern, welche dem Staate die Mittel zur Verzinsung und Tilgung der Kriegsanleihe zuführen sollen, bewilligt sind.

B. A. C.

Deutschland.

Berlin, 6. Juli.

Der Kaiser hat die Nacht gut geschlafen. Die rheumatischen Schmerzen traten zwar noch zeitweilig ein, jedoch in geringerer Heftigkeit. Das Allgemeinbefinden ist gut. Heute Vormittag nahm Se. Maj. die Vorträge des Kriegs-Ministers, des General-Lieutenant von Bobielski und des General-Lieutenant von Treskow entgegen. Um 1 Uhr ist Se. Maj. nach Potsdam gefahren, um ihrer Maj. der verwitweten Königin einen Besuch abzustatten. Die Kaiserin-Königin empfing gestern den Besuch Sr. Maj. des Kaisers Alexander von Rußland, der in Begleitung des Großherzogs von Baden und der Großfürstin Wladimir und Alexis bei Ihrer Maj. dinirte und den

Abend zubrachte. In den Nachmittagsstunden verweilten die Allerhöchsten Personen auf der Villa Chrestowitz bei Lichtenthal. Heute nach dem Dejeuner bei der Kaiserin-Königin begleitete Ihre Majestät Ihre hohen Gäste auf die Eisenbahn. — Der Kronprinz und die Kronprinzessin trafen mit Ihren Kindern gestern Vormittag 10 1/2 Uhr in Köln ein und setzten die Reise mit dem 11 Uhr 40 Minuten nach Belgien abgehenden Zuge fort. — Der Kaiser gedenkt die Reise nach Embs nach nunmehriger Bestimmung Sonnabend, den 8. d. M., anzutreten. Der Kultusminister v. Mühlner wird sich in Kurzem zum mehrwöchentlichen Aufenthalt aufs Land nach Pommern begeben. — Der Stadtssekretär v. Thile ist Mittwoch hierher zurückgekehrt und hat gestern seine Geschäfte im auswärtigen Amte wieder angetreten. — Die neue französische Gesandtschaft in Berlin besteht außer dem Geschäftsträger Marquis de Gabriac und Hrn. Debains, Gesandtschaftssekretär, der bisher auf dem französischen Ministerium des Aeußern beschäftigt war, aus Hrn. de Noirmont, bis jetzt Attaché der Botschaft in Wien, und den Attachés Grafen d'Antigny und de Vacourt, welche früher der Gesandtschaft in München angehörten.

Die aus dem Elsaß eintreffenden Berichte, gleichviel, ob sie Zeitungen oder den Erzählungen von Reisenden entstammen, nennen die dortigen Zustände übereinstimmend so unerquicklich als möglich. Die Antipathie und Opposition gegen Alles, was deutsch ist, gegen alle Personen, welche deutschen Behörden angehören, und gegen diejenigen Einheimischen, welche in ihren Stellungen auch unter der neuen Regierung verblieben sind, ist so groß, daß fast jeder Privatverkehr zwischen der Bevölkerung und den deutschen Beamten aufgehört hat und die letzteren in einer künstlichen Isolirung gehalten werden. Namentlich ist das Loos der Gensd'armen auf dem Lande, wie der „Frankf. Presse“ geschrieben wird, ein sehr bedauerns werthes, da sie sich in einem beständigen Kriegszustande der Bevölkerung gegenüber befinden. Die Reichsregierung hat sich beist, den Elsaßern den Ersatz der Kriegsschäden und der Kriegsleistungen zu sichern; aber die Erwartung, daß dieses Verhalten von Seiten der Interessenten Anerkennung finden werde, hat sich durchaus nicht erfüllt, wie auch daraus hervorgeht, daß die Behörden bereits Veranlassung gefunden haben, zu erklären, die Entschädigungen würden nicht geleistet, weil die Regierung dazu verpflichtet sei, sondern nur aus Rücksichten der Billigkeit. Es zeigt sich mehr und mehr, daß die Bevölkerung dieser Gebiete, welche seit Jahrzehnten nur an die französische Zuchtrube gewöhnt war, in der nachsichtigen und milden Verwaltung der deutschen Behörden nur einen Beweis der Schwäche und der Furcht sieht. Die Reichsregierung wird sich schon überzeugen haben, daß dieser Boden sehr wenig geeignet ist, zur Anpflanzung der Selbstverwaltung in der Gemeinde und in den Departements, wenn sie deshalb auch noch nicht darauf verzichten sollte, die Wahlen der Kommunal- und Departementalräthe in Bälde auszuführen, nachdem Fürst Bismarck durch seine Erklärung im Reichstage ein Versprechen in dieser Richtung abgegeben hat.

Die „N. Allg. Z.“ enthält folgendes offenbar aus amtlichen Quellen stießendes Dementi:

Die in der „Augsburger Postzeitung“ enthaltene und von dieser den „Breslauer Hausblättern“ entnommene Behauptung, Kardinal Antonelli habe dem Vertreter des deutschen Gesandten in Rom, Graf Tauffkirchen, gegenüber erklärt, er „bewundere“ die Zentrumsfraktion im deutschen Reichstage oder er „billige“ deren Haltung, ist, wie uns mitgeteilt wird, in Bezug auf beide Versionen als völlig grundlos zu bezeichnen. Weder von Billigung noch von Bewunderung war Seitens des päpstlichen Staatssekretärs irgendwie die Rede.

Wie verlautet, haben die Verhandlungen über die katholischen Fragen, welche in den letzten Sitzungen des Ministerraths gepflogen worden sind, auf den Antrag des Kultusministers v. Mühlner stattgefunden, welcher die Auffassung vertrat, daß die Entscheidung über die praktischen Streitfragen, die in Folge der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der katholischen Kirche entstanden sind, Sache des Ministerraths seien, also nicht von dem Kultus- und Unterrichtsminister allein, ohne Verständigung mit dem Staatsministerium getroffen werden könne; mit andern Worten, daß der Entscheidung der einzelnen Fragen eine Beschlussfassung der preussischen Regierung über ihre Stellung zu dem Unschlibarkeitsdogma und seiner Konsequenzen vorhergehen müsse. Der Erlaß des Kultusministers zu Gunsten des Dr. Wollmann beruht deshalb auf einem Beschlusse des gesammten Staatsministeriums.

Der Komponist der „Wacht am Rhein“, Karl Wilhelm, welcher sich seit Kurzem zu Bad Elgersburg aufhält, wo er Befreiung von den Folgen eines Schlaganfalls sucht, hat von dem Fürsten Bismarck folgendes in der „Krefelder Btg.“ veröffentlichte Schreiben erhalten:

„Berlin, den 23. Juni 1871. Sie haben durch die Komposition von Max Schneedenburgers Gedicht „Die Wacht am Rhein“ dem deutschen Volk ein Lied gegeben, welches mit der Geschichte des eben beendeten großen Krieges untrennbar verwachsen ist. Entstanden zu einer Zeit, wo die deutschen Rheinlande in ähnlicher Weise wie vor einem Jahre von Frankreich bedroht erschienen, hat „die Wacht am Rhein“ ein Menschenalter später, als die Drohung sich verwirklichte, in der begeistertsten Entschlossenheit, mit welcher unser Volk den ihm aufgedrungenen Kampf aufgenommen und bestanden hat, ihren vollen Anklang gefunden. Ihr Verdienst, Hr. Musikdirektor, ist es, unserer letzten großen Erhebung die Volksweise geboten zu haben, welche daheim, wie im Felde dem nationalen Gemeingefühle zum Ausdruck gedient hat. — Ich folge mit Bergnügen einer mir von dem geschäftsführenden Ausschusse des deutschen Sängerbundes gewordenen Anregung, indem ich, der Anerkennung, welche Ihnen von allen Seiten zu Theil geworden ist, auch dadurch Ausdruck gebe, daß ich Sie bitte, die Summe von Eintausend Thalern aus dem Dispositionsfonds des Reichskanzler-Amtes anzunehmen. Ich hoffe, daß es mir möglich sein wird, Ihnen alljährlich den gleichen Betrag anbieten zu können. Die Reichshauptkasse ist angewiesen, Ihnen die für das laufende Jahr bestimmte Summe alsbald gegen Quittung auszusahlen. Der Reichskanzler v. Bismarck.“

— Vom Aufenthalt des Kronprinzen in Hannover schreibt man der „Köln. Btg.“: Wie der Kronprinz den Empfang hier empfinden hat, das bezeugt ein an den Prinzen Albrecht gerichtetes Wort, das rasch seinen Weg durch alle Kreise fand: „Sind wir denn eigentlich in Königsberg, der ältesten, oder in Hannover, fast der neuesten Stadt Preußens?“ Mit Aureden wurde der Prinz überreichlich bedacht, so daß, als zuletzt auch noch im Tivoli ein Medner feierlich mit dem „Durchlauchtiger etc.“ begann, der Prinz lächelnd einfiel, es sei nun genug des grausamen Spiels.

— Von dem mächtigen Umschwunge in der öffentlichen Meinung, welcher, Dank der gemeinsamen kriegerischen Thätigkeit des deutschen Volkes gegen den übermüthigen Wältschen, auch in Dresden Platz gegriffen, spricht deutlich genug der Umstand, daß bei dem auf den 11. d. M. angelegten Einzuge unserer tapferen Truppen die Büsten des Fürsten Bismarck und des Grafen Moltke neben denen des Kaisers Wilhelm und des Königs Johann auf dem Neumarkt, wofolbst die Begrüßung des Kronprinzen Albert durch die Stadtbehörden und Ehrenjungfrauen erfolgt, aufgestellt werden. Außerdem werden vier Plätze in Bismarck-, Moltke-, Albert- und Kaiserplatz umgetauft.

— Die deutsche Zollgesetzgebung soll, wie verlautet, demnächst in Elsaß und Lothringen eingeführt werden.

— Die von dem norddeutschen Konsul Herrn Gilleit in Moskau unter den dortigen Deutschen veranstaltete Sammlung für die Verwundeten und die Hinterbliebenen der Gefallenen in deutschen Heere hatte bis zum 21. Juni ein Resultat von 37,743 Rubeln ergeben.

— Ein Beispiel „schnellen Geschäftsganges“ giebt die „Volksztg.“ in Folgendem: Vor 4 Jahren kamen die städtischen Elementarlehrer in Conis um Aufbesserung ihrer Gehälter ein. Vor circa 2 Jahren gestand die Regierung zu Marienwerder jedem derselben eine Wohnungs- und Holzentschädigung von jährlich ca. 100 Thlrn. zu, legte aber die zu zahlende Summe von jährlich ca. 1000 Thlrn. der Kommune zur Last. Der Magistrat wies das Unvermögen der Stadt nach und protestirte gegen die Entscheidung beim Oberpräsidium zu Königsberg. Das Oberpräsidium entschied dahin, daß die Regierung zu Marienwerder zur Zahlung der betreffenden Summe verpflichtet sei. Die Regierung legte die Sache wieder dem Ministerium vor und — dort liegt sie leider noch. Vor 6-7 Monaten baten die Lehrer um Beschleunigung ihrer Angelegenheit, erhielten aber von der Regierung zu Marienwerder „ihres Quersirens wegen“ eine erste Rüge. Vor circa 3 Monaten wandten sie sich in einem Bittgesuch persönlich an den Minister v. Mühlner, warden indes auf eine Antwort noch immer vergeblich. Die Lehrer wollen sich nun direkt an den Kaiser wenden.

D. R. C. Rom kann sich auch dankbar bezeigen, und die Herren Jesuiten wissen sehr wohl das Sprichwort von dem Werken mit der Wurzt nach der Speckseite. Die Deputation der hiesigen Katholiken, welche zur Gratulation des Papstes abgeendet war, hat sich auch unserer Schutzmannschaft erinnert, und während Herr Majunne das Verdienst derselben um die Aufrechterhaltung der Ordnung bei der letzten Prozession nach Spandau am Frohnleichnamsfeste dem h. Vater und seinen Räten ins rechte Licht zu stellen sich bemühte, erinnerte sich der Graf zu Stolberg, welcher bekanntlich als Vater Kobians seinen Sitz in den Klosterzellen zu Moabit aufgeschlagen, des hervorragenden Schutzes, welcher die bedrängten Mönche bei dem vor zwei Jahren in Szene gefesteten Klostersturm von Moabit durch die Schutzmannschaft genossen und beiden Herren gemeinschaftlich ist es dann gelungen, für ihre Beschützer eine Anzahl Orden und Ehrenzeichen von der Regierung des Papstes zu erwirken. Wir werden also nächstens das Vergnügen haben, unsere Schutzleute neben den Ehrenzeichen von Dippel, Königgrätz und vom letzten Feldzuge auch die päpstlichen Auszeichnungen tragen zu sehen.

— Die in Friedenszeiten gegen Desertire feste Strafe übersteigt bekanntlich in den seltensten Fällen die Höhe von 50 Thlr., während des Krieges ist dieselbe jedoch bedeutend erhöht worden. So hat die Strafthatkammer des Landgerichts zu Achern gegen eine Anzahl von Desertire eine Strafe von je Eintausend Thalern festgesetzt und bis zu dieser Höhe die Beschlagnahme des nachgelassenen Vermögens der Desertire angeordnet.

Breslau, 5. Juli. Zur Beleuchtung der Vorgänge in Königsgrube geht der „Schlef. Z.“ von dort nachstehende Mittheilung zu: Nachdem jetzt die seitens eines Theils der Bergarbeiter der Königsgrube dem Minister für Handel und Gewerbe gegen die Verwaltung der Königsgrube eingereichte Beschwerdebekannt geworden ist, tritt nunmehr die religiös-politische Tendenz, wenn auch weniger der Arbeiter selbst, so doch der Männer, die hinter ihnen standen, klar zu Tage. Außer Erhöhung der Löhne und Erniedrigung der Kommunalsteuern verlangen die Arbeiter in der besagten Beschwerdebekanntmachung, daß der Fiskus, „der doch an und für sich neutral, d. h. in katholischen Gegenden katholisch, in evangelischen evangelisch sei“, nicht nur bei den Anstellungen der Grubenbeamten die Katholiken mehr berücksichtige, sondern namentlich auch bei der Bestimmung der durch ihn zu ernennenden Stadtverordneten stets mindestens die Hälfte aus solchen Katholiken wähle, die die Gemeinde auch dafür anerkennt. — Ob diese Herren nun zu der Gewährung ihres Anerkennnisses die Mittheilung bei irgend welcher Plünderung oder Brandstiftung in Judenhäusern verlangen werden, ist fürs Erste allerdings noch nicht nachgewiesen, jedenfalls aber wirft der Umstand ein eigenthümliches Licht auf die Vorgänge in Königsgrube, daß gleichzeitig mit den oft beschriebenen Unruhen aus denselben Arbeiterpersonal eine derartige gegen die Verwaltung der Grube gerichtete Beschwerde hervorgehen konnte. Schließlich möge noch darauf aufmerksam gemacht sein, daß laut eines von Herrn Wiartha, dem Redakteur der polnischen Zeitschrift „Katolik“ unterschriebenen und veröffentlichten Aufrufs vom 27. Juni in dem sogenannten katholischen Kasino schon am Sonntag den 25. Juni, darüber abgestimmt worden ist, ob man sich bei den zu erwartenden Erträgen zu betheiligen habe oder nicht.

Leipzig, 4. Juli. Wie soeben mitgeteilt wird, ist der bekannte Prozeß des sächsischen Staatsfiskus gegen die Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft in Betreff der Auszahlung der Versicherungssumme für das abgebrannte Dresdener Hof-theater nunmehr auch in oberster Instanz entschieden und zwar zu Ungunsten der Gesellschaft, welche nun ohne Zweifel die Auszahlung der betreffenden 120,000 Thlr. nicht länger beanstanden kann. In unserer juristischen Welt war man seit langer Zeit gespannt auf die Entscheidung, da man vielfach die Ansicht theilte, der oberste sächsische Gerichtshof sei gar nicht kompetent gewesen, sondern lediglich das Reichs-Oberhandelsgericht, zu dessen Ressort bekanntlich alle aus Versicherungs-Verträgen entstandenen Rechtsstreite gehören. Wie man hört, wird von Seiten der verurtheilten Gesellschaft eine ausführliche

